

ABDRUCK  
**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung  
**des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz**  
von Dienstag, den 16.12.2008,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:           14:00 Uhr  
Ende der Sitzung:            16:30 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Für den in der Zeit von 15:50 Uhr bis 16:30 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Gabriele Almritter  
Frau Ellen Eberth  
Herr Hermann-Josef Eck  
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Herr Hubert Klimmer  
Herr Peter Maurer  
Frau Petra Münzel  
Frau Monika Schuck  
Herr Kurt Schumacher  
Herr Dr. Christian Steidl  
Herr René Wendland

ab 14.10 Uhr anwesend

**Stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Ludwig Ritter

**Entschuldigt fehlten:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Erwin Dotzel

**Von der Verwaltung anwesend waren:**

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor  
Frau Ruth Heim, Amtsrätin  
Herr Alexander Hoffmann, Regierungsrat  
Herr Wolfgang Röcklein, Regierungsamtmann  
Frau Eva Ullrich, Schriftführerin

**Ansonsten anwesend waren:**

Herr Ziegler, Geschäftsführer, Fa. Otto Entsorgungssysteme GmbH, Neuruppin           Punkt 7  
Herr Vick, Fa. Otto Entsorgungssysteme GmbH, Neuruppin           Punkt 7

**Tagesordnung:**

- 1 Beschlussfassung über die Jahresabschlüsse 2004 - 2006 des Abfallwirtschaftsbetriebes, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art
- 2 Müllhaushalt 2009
- 2.1 Müllhaushalt 2009: Anschluss der Gemeinden an die Zentrale Abfallgebührenstelle (ZAG)
- 3 Überlegungen zum Müllkonzept: Antrag der SPD-Fraktion vom 21.10.08
- 4 Durchführung Benchmarking in der Abfallwirtschaft: Antrag der FW-Fraktion vom 03.11.08
- 5 Abfallwirtschaftssatzung und Abfallgebührensatzung: Wunschleistungen
- 6 Entwicklung des Altstoffmarktes
- 7 Bericht über die Mülltonnenneuverteilung und Information über die Qualität der neuen Müllgefäße

Tagesordnungspunkt 1:

**Beschlussfassung über die Jahresabschlüsse 2004 - 2006 des Abfallwirtschaftsbetriebes, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art**

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Landrat Schwing mit, dass die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um einen weiteren Punkt 7 „Bericht über die Mülltonnenneuverteilung und Information über die Qualität der neuen Müllgefäße“ erweitert worden sei.

**Die Mitglieder des Natur- und Umweltausschusses erklärten sich damit einstimmig einverstanden.**

Regierungsamtmann Röcklein gab sodann Folgendes bekannt:

Seit 2004 vermarktet der Landkreis das eingesammelte Altpapier selbst. Auch die direkten und indirekten Verträge über Leistungen für und mit den dualen Systemen wurden zum 01.01.2004 auf neue Grundlagen gestellt. Hinzu kamen in den letzten Jahren weitere Leistungen die wir umsatzsteuerpflichtig für Dritte erbringen, so z.B. Sickerwasserreinigung für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Neckar-Odenwaldkreises GmbH. Während wir seit 2004 brav unsere Umsatzsteuer in die jährlichen Umsatzsteuererklärungen des Gesamt-Landkreises einfließen ließen, waren Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer für uns bis 2008 kein Problem. Aber offensichtlich aufgeschreckt durch unsere hohen Umsätze aufgrund der zum Jahreswechsel 2007/2008 doch sehr hohen Papiererlöse forderte das Finanzamt von uns vollständige Steuererklärungen für die Jahre ab 2004. Mit Unterstützung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes haben wir inzwischen die Steuererklärungen für die Jahre 2004 bis 2006 fertig gestellt und bei dieser Gelegenheit auch die Umsatzsteuererklärungen überarbeitet.

Unsere Umsatzsteuerzahlungen für die Jahre 2004 bis 2006 belaufen sich nach den Jahresabschlüssen auf:

2004 - 30.189,38 €  
2005 - 48.487,14 €  
2006 - 32.733,38 € zusammen also  
111.409,90 €

Davon abzusetzen sind natürlich die bereits für diese Jahre geleisteten Zahlungen.

Bei den Ertragssteuern:

2004 - 41.551,63 €  
2005 - 57.361,32 €  
2006 - 36.002,36 € zusammen also  
134.915,31 €

Die Jahresabschlüsse wurden durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erstellt. Die abschließenden Steuerbescheide der Finanzverwaltung liegen noch nicht vor.

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig folgenden Beschluss:**

**Der Umweltausschuss erkennt die vorgelegten steuerlichen Jahresabschlüsse für die Jahre 2004 bis 2006 für den Kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieb, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art, an.**

**Diese betragen für das Jahr 2004:**

- Bilanz in Aktiva und Passiva	251.629,21 €
- Jahresgewinn lt. Bilanz	74.710,44 €
- Jahresgewinn lt. Gewinn- und Verlustrechnung	74.710,44 €

**für das Jahr 2005:**

- Bilanz in Aktiva und Passiva	449.633,21 €
- Jahresgewinn lt. Bilanz	101.682,16 €
- Jahresgewinn lt. Gewinn- und Verlustrechnung	101.682,16 €

**und für das Jahr 2006:**

- Bilanz in Aktiva und Passiva	625.479,86 €
- Jahresgewinn lt. Bilanz	64.381,60 €
- Jahresgewinn lt. Gewinn- und Verlustrechnung	64.381,60 €

Tagesordnungspunkt 2:  
**Müllhaushalt 2009**

Landrat Schwing bat eingangs um Zustimmung, Punkt 2 um einen Unterpunkt 2.1 „Anschluss der Gemeinden an die Zentrale Abfallgebührenstelle (ZAG)“ zu erweitern.

**Die Ausschussmitglieder erklärten sich hiermit einstimmig einverstanden.**

Regierungsamtmann Röcklein führte aus, dass die Randbedingungen des Müllhaushaltes 2009 eigentlich im Umweltausschuss im Rahmen der neuen Gebührenkalkulation ausführlich diskutiert worden seien. Auch die Schwerpunkte des Investitionsplanes seien durch die entsprechenden Beschlüsse der Landkreisgremien vorberaten und festgelegt worden. Allerdings haben sich einige Randbedingungen in den letzten Monaten verändert, auf die man kurz eingehen müsse und wolle. Wie man inzwischen wisse, stehen künftig auch Steuerzahlungen ins Haus, die man natürlich berücksichtigen müsse. Der Übersichtlichkeit halber habe man daher das Produkt „Abfallwirtschaftsbetrieb – Betrieb gewerblicher Art“ geschaffen. Dort werde man künftig alle Erträge und Erlöse dieses Betriebsteiles veranschlagen. Der deutliche Rückgang der Altstofferlöse, speziell bei Altpapier, habe die Landkreisverwaltung natürlich ebenfalls getroffen. Der Papiererlös je Tonne habe im März noch bei rund 94,-- € gelegen, sei dann im Juli 2008 auf 70,-- € heruntergegangen und liege im Oktober bei 64,-- €. Hinzu kommen die seit 1. Juli 2008 fehlenden Zahlungen der DSD GmbH, hierüber habe man mehrfach berichtet. In der Summe fehlen im zweiten Halbjahr rund 200.000,-- € an Einnahmen aus Papiererlösen und von der DSD GmbH. Diesen Rückgang konnte man jedoch Dank positiver Entwicklung beim Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt auffangen. Damit könne man heute trotz einiger Risiken, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Altpapierpreise, einen ausgeglichenen Müllhaushalt 2009, unter Berücksichtigung der sich aus der neuen Gebührenkalkulation ergebenden Randbedingungen, vorlegen.

Kreisrätin Münzel teilte mit, dass Gebührensatzung und Abfallwirtschaftssatzung bereits die Eckpunkte für den Müllhaushalt 2009 gegeben haben. Da ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowohl die Abfallwirtschaftssatzung als auch die Gebührensatzung abgelehnt habe, sei es nur folgerichtig, dass auch der Müllhaushalt 2009 abgelehnt werde. Nach wie vor halte man es für eine falsche Entscheidung, dass die 90-l-Tonne abgeschafft worden sei und auch die Gebührenkalkulation für die einzelnen Mülltonnen sei immer noch nicht transparent genug. Sie sehe zwar ein, dass man eine Grundgebühr brauche, aber es erschließe sich nach wie vor nicht, ob die Verbrauchsgebühren gerecht verteilt seien. Wie jedes Jahr mahne sie auch heute den Wertstoffhof im südlichen Landkreis an.

Landrat Schwing bat darum, die hohen Kosten bei einem Bau eines Wertstoffhofes zu bedenken.

Kreisrat Dr. Steidl führte aus, dass man dem Müllhaushalt 2009 zustimmen werde. Es sei erfreulich, dass der Haushalt trotz der negativen Entwicklungen bei den Wertstoffpreisen gehalten werden könne und Nachkorrekturen nicht erforderlich seien. Was die DSD GmbH betreffe, solle man auf politischer, evtl. auch auf rechtlicher Ebene Druck machen.

Landrat Schwing sagte zum Thema DSD, dass entweder die Bundesregierung oder ein Gericht eingreifen müsse.

Kreisrat Dr. Fahn teilte mit, dass er zwar im Wesentlichen den Argumenten der Kreisrätin Münzel zustimme, die Fraktion der Freien Wähler dennoch dem Müllhaushalt 2009 insgesamt zustimme. Verbesserungsvorschläge könnten immer wieder eingebracht werden.

Kreisrätin Almritter führte aus, dass auch die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde; bezüglich der Abschaffung der 90-l-Tonne sei man nicht glücklich, was man schon des Öfteren betont habe. Man habe die Hoffnung, dass in Zukunft auch andere Konzepte eine Chance haben werden und familienfreundlichere Bezugsgebühren umgesetzt werden.

Landrat Schwing entgegnete, dass bekannt sein müsse, dass dies über den Gebührenhaushalt aufgrund der Rechtsprechung nicht möglich sei.

Kreisrat Wendland informierte darüber, dass die FDP-Fraktion aufgrund ihrer Vorentscheidung dem Müllhaushalt 2009 nicht zustimmen könne, auch wenn man richtige Ansätze sehe.

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste sodann mit Stimmenmehrheit folgenden Beschluss:**

**Der Umweltausschuss beschließt den von der Verwaltung vorgelegten Müllhaushalt für das Jahr 2009 einschließlich des Investitionsplanes und bittet um Einstellung in den Gesamthaushalt des Landkreises.**

Tagesordnungspunkt 2.1:

**Müllhaushalt 2009: Anschluss der Gemeinden an die Zentrale Abfallgebührenstelle (ZAG)**

Amtsärztin Heim gab folgenden Sachstandsbericht:

Im Sommer 2004 beschloss der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz, die zentrale Abfallgebührenstelle einzurichten und die An-, Ab- oder Ummeldung von Abfallbehältnissen sowie die Abfallgebührenerhebung Zug um Zug von den Gemeinden zur Landkreisverwaltung zurück zu nehmen. Begonnen wurde zum 01.01.2005 mit den Kommunen Collenberg, Großheubach und Miltenberg. Zum 01.01.2009 werden nun die letzten 5 verbliebenen Gemeinden an die Zentrale Abfallgebührenstelle (ZAG) angeschlossen. Es sind dies Erlenbach, Großwallstadt, Klingenberg, Schneeberg und Sulzbach mit insgesamt 29.275 Einwohnern.

Wie bereits mehrfach berichtet, war die Einrichtung der ZAG mit wesentlich mehr Arbeit verbunden als ursprünglich angenommen, da der Datenbestand in unserem EDV-Programm nicht aktuell war und zeitaufwändig auf den neuesten Stand gebracht werden musste. Außerdem musste oft in mühevoller Kleinarbeit der Verbleib von Mülltonnen vor Ort über Jahre hinweg nachvollzogen und aufgeklärt werden. Trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit wie Mitteilungen in den gemeindlichen Amtsblättern, Blickpunkt mil oder dem Versenden von Info-Briefen sowie der Überprüfung von Eigentümerdaten im Vorfeld von Briefaktionen konnten nicht alle Grundstückseigentümer erreicht und Daten berichtigt werden. Die Eigentümer und Abfallgebührenschnuldner meldeten sich, wenn überhaupt, erst nach Versenden der Gebührenbescheide, was für die Kollegen in der Gebührenstelle wieder Mehrarbeit durch die Berichtigung der Jahressollstellung bedeutete.

Eine besondere Herausforderung stellte und stellt der Anschluss der letzten 5 Gemeinden an die ZAG auch deshalb dar, weil er mit der Neuverteilung der Mülltonnen im Landkreis zusammen fällt. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger wurden hierdurch aufgerüttelt und haben

andere Mülltonnen angemeldet oder sich telefonisch über ihre Mülltonnendaten erkundigt. Bedingt durch die zeitweilige Veränderungssperre im Datenbestand haben sich nun Hunderte von Mülltonnenänderungswünschen angesammelt, die nun abgearbeitet werden müssen.

Die Einrichtung der Zentralen Abfallgebührenstelle bringt aber auch viel Erfreuliches:

- Die Bürgerinnen und Bürger gewöhnen sich schnell daran, dass für Mülltonnenänderungen und die Gebührenerhebung nun das Landratsamt zuständig ist. In der Regel wenden sich unsere Kunden nach 3 – 4 Monaten Übergangszeit direkt an uns ohne den Weg über die Gemeinden, wobei diese insbesondere älteren Menschen weiterhin gerne behilflich sind.
- Der Vollzug der Abfallwirtschaftssatzung wird einheitlich vollzogen.
- Der Mülltonnenbestand im Landkreis wurde aktualisiert und es ist bei Anfragen sofort nachvollziehbar, wo welche Mülltonne vor Ort steht.
- Die Gebühreneinnahmen für die Mülltonnen haben sich positiv entwickelt. Trotz derzeit nichteinbringlicher Gebühren in Höhe von knapp 37.000 €/für die Jahre 2005 bis 2007, die auch im Wege von Beitreibungsmaßnahmen wie Abgabe an den Gerichtsvollzieher nicht eingenommen werden können, ist das Gebührenaufkommen angestiegen und zwar von 12.509.131,-- € im Jahr 2004 auf 13.123.167,-- € im Jahr 2007. Dies sind Mehreinnahmen von 614.036,-- €.

Insgesamt gesehen war somit die Einrichtung einer Zentralen Abfallgebührenstelle beim Landkreis Miltenberg eine richtige Entscheidung und das Pilotprojekt kann mit Übernahme der letzten Gemeinden als erfolgreich abgeschlossen angesehen werden.

Landrat Schwing bedankte sich für die Informationen. Man könne sehen, dass die letzten Jahre über hart gearbeitet worden sei. Durch den Einsatz von Chips habe man einen lückenlosen Überblick und eine Kontrollmöglichkeit gegenüber dem Abfuhrunternehmen, was bislang nicht möglich gewesen sei. Das System diene zudem der Gebührengerechtigkeit, jede der 32 Kommunen werde gleich behandelt.

Auf die Frage von Kreisrat Maurer, wie mit Mülltonnen, die versehentlich bei der Einsammelaktion nicht herausgestellt worden seien, verfahren werde, antwortete Regierungsamtmann Röcklein, dass die Einsammelaktion des Eigentümers, der Fa. SITA, demnächst abgeschlossen, eine weitere Einsammelaktion nicht geplant sei und man mit der Rücklaufquote sehr zufrieden sei. Mehr könne er in öffentlicher Sitzung nicht dazu sagen.

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm von diesen Ausführungen zustimmend Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 3:

**Überlegungen zum Müllkonzept: Antrag der SPD-Fraktion vom 21.10.08**

Landrat Schwing gab bekannt, dass mit Antrag vom 21.10.2008 die SPD-Kreistagsfraktion eine Prüfung fordere, ob im Landkreis Miltenberg die Einführung einer Abfallgebührenstruktur analog dem System des Main-Tauberkreises möglich sei.

*Wortlaut des Antrags:*

*Die Verwaltung möge prüfen, zu welchen Gebühren und bis zu welchem Datum eine Einführung der Abrechnung der Müllgebühren entsprechend dem System im Main-Tauber-Kreis –*

*Basisgebühr für die graue Tonne in Kombination mit einer zusätzlichen Müllmarke für die Leerung – im Landkreis Miltenberg möglich ist.*

**Begründung:**

*Aufgrund der beschlossenen Abschaffung der 90-Liter-Tonne im Landkreis Miltenberg entsteht ein großer Nachteil für Familien mit 5 und 6 Personen, da diese nun gezwungen sind, eine 120 Liter Tonne zu nehmen. Sie kommen somit kaum in den Genuss des geplanten Gebühreennachlasses und sind außerdem gezwungen, eine Tonnengröße zu finanzieren, die sie eigentlich nicht benötigen. Gerade dies widerspricht - neben der Familienunfreundlichkeit – auch dem Grundsatz und gesetzlichen Auftrag der Müllvermeidung. Nach dem Kombi-Prinzip, wie es auch im benachbarten Landkreis Main-Tauber praktiziert wird, würde man beiden Aspekten gerecht. Zum einen ließen sich die Basiskosten für das Müllbehältnis noch weiter zurücksetzen, so dass auch diese Familien, unabhängig von der Gefäßgröße von einer Gebührenreduktion profitieren könnten und zum anderen sportet das Prinzip zur Müllvermeidung an, da man zusätzliche Ausgaben sparen kann, wenn die Mülltonne weniger häufig geleert werden muss.*

Regierungsamtmann Röcklein informierte darüber, dass sich im Main-Tauberkreis die Abfallgebühr in eine Grundgebühr und eine Leerungsgebühr teile. Dazu komme eine Grundgebühr für die Biotonne und zahlreiche weitere Einzelgebühren (Beispiel: Grüngut je cbm 2,- €; Bauschutt bis 0,5 cbm je 100 l 5,- €). Die Leerungsgebühr werde über Banderolen abgerechnet. Diese Banderolen werden von der Kundin bzw. dem Kunden an die zur Leerung bereitgestellte Mülltonne angehängt und vom Müllwerker entwertet (abgerissen). Damit könne eine Bürgerin/ein Bürger Leerungsgebühren sparen, da sie/er die Mülltonne nur dann bereitstelle, wenn sie voll sei oder aus hygienischen Gründen geleert werden müsse. Einsparungen bei der Müllabfuhr seien nur in sehr geringem Umfang möglich. Man wolle hier an die diesbezügliche Stellungnahme des Beratungsbüros Schmidt/Bechtle vom 14.10.2008 erinnern. Dort werden die möglichen variablen Kosten für den Bereich Restmüll mit 11 % berechnet. Man könne daher für einzelne BürgerInnen mit einer geringen Einsparung im einstelligen Bereich rechnen. Andere BürgerInnen, insbesondere die mit Kleinkindern oder Pflegefällen müssen aber ihre Abfälle aus hygienischen Gründen zweiwöchentlich bereitstellen.

Zusammenfassend sei hierzu zu sagen, dass bei Ausgangslage einer Bürgerin/eines Bürgers, die/der ordentlich sortiere und die Abfälle alle über die Restmülltonne entsorge, geringfügig Einsparungen bei den Leerungskosten (Handlingkosten vor Ort) möglich seien. Bei den Logistikkosten und der weiteren Entsorgung sei keine Einsparung zu erwarten.

Allerdings zeige auch das Beispiel Main-Tauberkreis, dass dies offensichtlich nicht so sei. Was im bayerischen Bereich der Landkreis Aschaffenburg mit seiner Verwiegung erreicht habe, sei im Bereich des „Ländles“ in den letzten Jahren der Main-Tauberkreis gewesen. Dieser habe über Jahre hinweg die „Landesliga Baden-Württemberg“ mit den geringsten Restmüllmengen angeführt. Für 2007 weise die Abfallbilanz Baden-Württemberg für den Main-Tauberkreis 75 Kilogramm je EinwohnerIn an **Haus-, Geschäftsmüll und Sperrmüll** aus. Im Landkreis Miltenberg seien es 164,6 Kilogramm gewesen. Dabei sei allerdings zu beachten, dass bei Miltenberg der Geschäftsmüllanteil durch das Umleerbehältersystem traditionsgemäß sehr hoch sei und auch die Rest- und Sperrmüllmengen aus den Wertstoffhöfen einfließen (Hol- und Bringsystem). Dies könne anhand der Daten aus Baden-Württemberg für dort nicht nachvollzogen werden; und dies obwohl der Landkreis mit sieben Wertstoffhöfen, strategisch günstig über den Landkreis verteilt, zusätzliche Entsorgungsmöglichkeiten anbiete. Bei den **Wertstoffmengen** sei der Landkreis mit Miltenberg vergleichbar. Bei Papier haben beide Landkreise im Jahr 2007 eine Sammelmenge von 83 Kilogramm je Einwohner melden können. Bei Bio- und Grünabfällen habe der Main-Tauberkreis 2007 154 Kilogramm je Einwohner ausgewiesen, während Miltenberg trotz Eigenkompostierernachlass 165 Kilogramm verwertet habe.

Das bedeute, die geringeren Restmüllmengen haben die Wertstoffmengen nicht erhöht. Wo der Restmüll verblieben sei, könne man weder im Falle des Main-Tauberkreises noch des Landkreises Aschaffenburg aufklären. Aber auch hierzu müsse man anmerken, dass die BürgerInnen aus Freudenberg sicherlich kein signifikant anderes Konsumverhalten haben wie ihre Nachbarinnen/Nachbarn im bayerischen Bürgstadt oder Collenberg.

Bisher seien sich die Parteien im eigenen Landkreis mehrheitlich darüber einig gewesen, dass Wiegesysteme oder ähnliche Systeme nicht zu einer Verringerung der Abfälle und zum Schutz der Umwelt beitragen. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 21.10.2008 habe insbesondere deshalb überrascht, weil die SPD-Fraktion in dieser Sache über die letzten Jahre hinweg eine andere Meinung vertreten habe und auch weil sich die Landkreisverwaltung in den Wochen im September und Oktober sowohl mit der Problematik „Ordnungsgemäße Abfallentsorgung und Zahlen der Nachbarlandkreise“ als auch mit den Kosten und der Gebührekalkulation ausführlich beschäftigt habe.

Die Landkreisverwaltung gehe davon aus, dass zurzeit kein weiterer Handlungsbedarf bestehe.

Kreisrätin Almritter merkte an, dass sie das beschriebene System nicht nur aus dem Main-Tauberkreis kenne und man mit diesem nicht nur das Wegwerfverhalten der Leute beeinflussen könne, sondern auch das Einkaufsverhalten. Der Auslöser für den Antrag der SPD-Fraktion sei die Abschaffung der 90-l-Tonne gewesen. Man wolle den Familien die Möglichkeit einräumen, die größeren Gefäße in einem anderen Rhythmus entleeren zu lassen, wodurch Kosten eingespart werden könnten und die Umwelt geschont werden könnte. Nach wie vor sei sie der Meinung, dass dieses System auch für den Landkreis Miltenberg praktikabel wäre und der Landkreis Miltenberg dazu beitragen könnte, die BürgerInnen zur Müllvermeidung zu erziehen, was das allererste Prinzip sein müsse.

Kreisrat Dr. Steidl führte aus, dass die CSU-Fraktion vom Antrag der SPD-Fraktion überrascht sei und der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz bereits vor eineinhalb Jahren ein Gutachten zur Gebührekalkulation in Auftrag gegeben habe. Eine erneute Überprüfung würde weitere Kosten verursachen. Die Abfallgebührenstruktur könne zwar geringfügig gerechter werden, jedoch müssten dann alle mehr zahlen.

Landrat Schwing betonte, dass er nicht verstehe, warum die SPD-Fraktion zu diesem Zeitpunkt solch einen Antrag anbringe. Man habe sich in den vergangenen Jahren des Öfteren im Umweltausschuss darüber unterhalten und gerade der ehemalige Kreisrat Kern sei Gegner der mengenmäßigen Erfassung gewesen. Einstimmig habe der Ausschuss gegen Verwiegung gestimmt. Seit eineinhalb Jahren habe man sich nun bedingt durch die neuen Gebühren mit dieser Thematik beschäftigt. Mit dem Beratungsbüro Schmidt/Bechtle habe man einen Fachmann beauftragt, u.a. auch die Wirtschaftlichkeit des Systems zu untersuchen. Zu einem Zeitpunkt, da die Ausschreibung erfolgt und der Auftrag bereits vergeben worden sei und man sich in der Umsetzung befinde, wünsche die SPD-Fraktion nun eine Änderung. Dann, in ein paar Jahren, wenn eine neue Ausschreibung anstehe, könne man erneut darüber beraten, ein anderes System einzuführen. Das komfortable und erfolgreiche System, welches man im Landkreis Miltenberg habe, sei über einen Zeitraum von insgesamt 20 Jahren entwickelt worden und auch wenn man nicht immer einer Meinung gewesen sei, könne man damit weitgehend die Bedürfnisse der BürgerInnen abdecken. Letztendlich würde eine Änderung des Systems dazu führen, dass alle mehr bezahlen müssten.

Kreisrat Dr. Fahn äußerte, dass der Antrag der SPD-Fraktion zu spät im Kalenderjahr 2008 eingereicht worden sei, er diesen aber nicht als negativ empfinde, da man immer wieder nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen könne.

Kreisrat Klimmer meinte ebenfalls, dass der Zeitpunkt des Antrags falsch gewählt sei und zu gegebenem Zeitpunkt erneut darüber beraten werden könne.

Kreisrätin Almitter stellte klar, dass es ihr nicht um das Gewicht des Mülls, sondern die Menge gehe. Sie befürchte, dass jemand, der ein zu großes Müllgefäß habe, kurz vor der Leerung dieses mit „gesuchtem“ Müll voll mache, was z. B. auch eine Erklärung für die große Müllmenge im Landkreis Miltenberg im Vergleich zu anderen Landkreisen sei.

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm von diesen Ausführungen zustimmend Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 4:

**Durchführung Benchmarking in der Abfallwirtschaft: Antrag der FW-Fraktion vom 03.11.08**

Landrat Schwing merkte eingangs an, dass er den Antrag vom 03.11.2008, in welchem die Freien Wähler die Durchführung eines „Benchmarkings“ für die kommunale Abfallwirtschaft im Landkreis Miltenberg fordern, für problematisch und schwierig halte, da man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen könne.

Ein Benchmarking erfordere einen Vergleich mit anderen Abfallwirtschaftsbetrieben. Dazu müssen zum Zwecke der Vergleichbarkeit nicht nur die offensichtlichen Tatsachen – Satzungen, Gebühren, sondern die gesamten Betriebsdaten mit allen Leistungen offen gelegt werden. Eigentlich sollten es vergleichbare Betriebe, wie dies in Miltenberg der Fall sei, also Regiebetriebe sein. Allerdings sei dies in der Abfallwirtschaft bereits seit Jahren eine aussterbende Art. Damit dürfte es schon einmal sehr schwer fallen, vergleichbare Betriebe überhaupt zu finden. Aufgrund der negativen Schlagzeilen der letzten Wochen über Gebührenvergleiche in der Abfallwirtschaft (Main Echo, IHK Hessen) werde man momentan keine vergleichbaren oder nicht vergleichbaren Betriebe finden, die sich an einem derartigen Projekt beteiligen und dafür auch noch Zeit und Geld aufwenden. Im Bayerischen Innovationsring sei Benchmarking für die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe bereits des Öfteren Thema gewesen. Aufgrund der nicht vergleichbaren Leistungen und örtlichen Gegebenheiten in den einzelnen Gebietskörperschaften sei bisher jedoch auf ein derartiges Projekt verzichtet worden. Man werde im Bayerischen Innovationsring einen neuen Antrag einbringen und dann an einem derartigen Projekt teilnehmen. Bereits seit Jahren sei die Kommunale Abfallwirtschaft im Landkreis Miltenberg bemüht, durch Ausschreibungen und auch Änderung interner Strukturen Geld einzusparen und wirtschaftlicher zu werden. Das eine oder andere Mal sei dies allerdings durch neue Gesetze und Verordnungen, manchmal allerdings auch durch Beschlüsse der Landkreisgremien unterlaufen worden. Zurzeit sehe man daher weder Chancen noch Möglichkeiten, ein Benchmarking durchzuführen. Im Übrigen dürfe man auf die verschiedenen Berichte von Herrn Buchbinder im Zusammenhang mit der neuen Gebührenkalkulation 2008 hinweisen. Diese liegen den Mitgliedern dieses Ausschusses alle vor und enthalten zahlreich Details zu den Kosten und der Wirtschaftlichkeit der Abfallwirtschaft im Landkreis Miltenberg:

- Stellungnahme zur Konzeption der Abfallsammlung im Landkreis Miltenberg (September 2007)
- EU-weite Ausschreibung von Leistungen der Abfallsammlung für den Landkreis Miltenberg Pflichtenheft (September 2007)
- Stellungnahme zur zukünftigen Konzeption des Abfallgebührensystems im Landkreis Miltenberg (Juni 2008)

- Empfehlung zur zukünftigen Konzeption des Abfallgebührensystems im Landkreis Miltenberg (Juni 2008)
- Neuberechnung der Abfallgebühren für den Landkreis Miltenberg (September 2008).

Kreisrat Dr. Fahn sagte dazu, dass der Vorschlag ein Fortschritt sei. Der Antrag der Freien Wähler sei aufgrund verschiedener Kritikpunkte am Gebührensystem gestellt worden. Benchmarking erhalte einen immer größer werdenden Stellenwert. Er bat darum, das Thema ergebnisoffen zu diskutieren. Er hoffe, dass es Möglichkeiten zur Optimierung des Gebühren- und Abfallsystems gebe und Kostensenkungspotentiale erkannt werden. Auch hinsichtlich der regionalen Besonderheiten wünsche er sich mehr Klarheit, so könne er z. B. nicht nachvollziehen, warum die Müllmenge im Landkreis Aschaffenburg derart gering sei.

Landrat Schwing antwortete, dass im Bayerischen Innovationsring immer offen diskutiert werde, zumal Fachleute der 21 beteiligten Landkreise, von denen jeder Pro und Contra einbringe, an den Sitzungen teilnehmen. Sicherlich sei das System noch zu optimieren; man arbeite fortlaufend daran.

Kreisrat Dr. Steidl bemerkte, dass auch die CSU-Fraktion einen objektiven Vergleich zwischen den komplizierten Müllsystemen gut fände. Die Kosten für ein Gutachten dürfe man nicht außer Acht lassen, von Vorteil wäre hier die Beteiligung mehrerer Landkreise.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass kein Gutachten durchgeführt werden würde, sondern eine Projektgruppe aus dem Bayerischen Innovationsring alles selbst erarbeiten müsste, was sehr arbeitsintensiv wäre und über Monate dauern würde.

Kreisrat Dr. Fahn ergänzte hierzu, dass es Institute gebe wie z.B. das Institut für Umweltökonomie in Mainz, die hier ihre Unterstützung geben könnten. Regierungsamtmann Röcklein sagte hierzu, dass das genannte Institut aufgrund des mangelnden Interesses seitens der Landkreise auf diesem Gebiet nicht mehr tätig sei.

Auf die Frage, wann das Thema im Bayerischen Innovationsring behandelt werde, antwortete Landrat Schwing, dass dies sicherlich innerhalb eines Jahres geschehe und man im Ausschuss darüber berichten werde.

Kreisrat Eck merkte an, dass man mit mehr Selbstbewusstsein zum eigenen Müllbeseitigungskonzept stehen solle. Bei 71 Landkreisen in Bayern hätte es im Falle von vielen Differenzen doch schon früher die Absicht zur Durchführung eines Benchmarkings gegeben. Er spreche sich für den Beschlussvorschlag aus, sei aber skeptisch, dass es zur Durchführung eines Benchmarkings komme.

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste sodann einstimmig folgenden Beschluss:**

**Der Landkreis wird sich beim Bayerischen Innovationsring für die Durchführung eines Benchmarkings für die Abfallwirtschaft einsetzen und dann daran teilnehmen.**

Tagesordnungspunkt 5:

### **Abfallwirtschaftssatzung und Abfallgebührensatzung: Wunschleistungen**

Regierungsrat Hoffmann teilte mit, dass man gerne im Rahmen der Möglichkeiten auch Sonderwünsche der Kundinnen und Kunden erfüllen wolle.

Ein aktuelles Beispiel:

Im Zuge der zunehmenden Papierflut wechseln immer mehr der Bürgerinnen und Bürger zu größeren Papiertonnen, können oder wollen jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen keine 240-l-Papiertonne verwenden und beantragen zwei 120-l-Papiertonnen. Eigentlich eine einfache Sache, aber durch die zweite Papiertonne entstehen zusätzliche Kosten für das zweite Gefäß selbst, für jede Leerung durch unsere Vertragsfirma, für die Aufstellung des zweiten Gefäßes und natürlich auch Verwaltungsaufwand. Man schlage vor, derartige Wunschleistungen zu erfüllen, wenn die Kundinnen und Kunden bereit seien, die entsprechenden Kosten zu tragen. Am Beispiel von zwei 120-l-Papiertonnen anstelle einer 240-l-Papiertonne betrage der Aufwand gerundet 25,-- € im Jahr.

Man bitte die Ausschussmitglieder um Zustimmung, dass, wie in diesen Fällen und in künftigen vergleichbaren Fällen, nach dem Vorschlag gehandelt werden darf.

Landrat Schwing merkte an, dass man damit das eine oder andere Problem lösen könne.

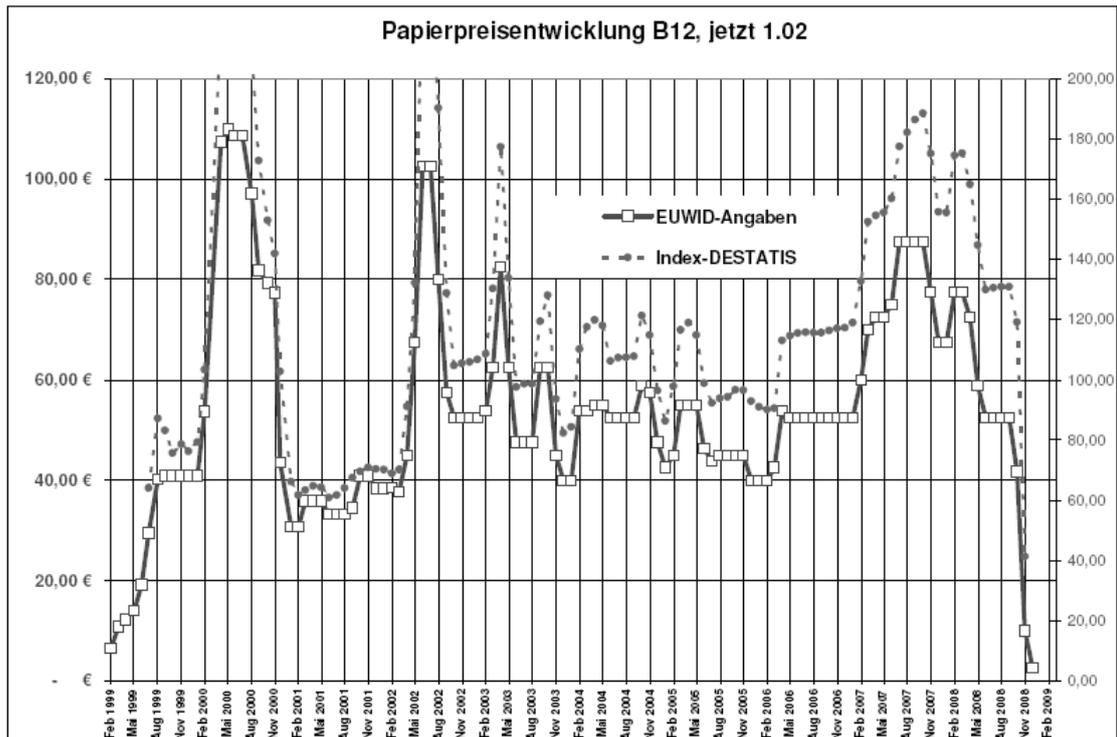
**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste sodann einstimmig folgenden Beschluss:**

**Der Umweltausschuss stimmt dem Vorschlag der Landkreisverwaltung zu, soweit möglich und finanziell machbar, Wunschleistungen der Kundinnen und Kunden der Kommunalen Abfallwirtschaft zu ermöglichen und auf der Basis des § 7 Abs. 1 i.V.m. § 4 Abs. 8 Satz 2 der Abfallgebührensatzung nach Aufwand abzurechnen.**

Tagesordnungspunkt 6:

### **Entwicklung des Altstoffmarktes**

Regierungsamtmann Röcklein teilte mit, dass man in den letzten Wochen in der Tagespresse einiges über die Entwicklung des Altstoffmarktes und insbesondere des Papiermarktes habe lesen können. In den vergangenen 22 Jahren seiner Tätigkeit in der Abfallwirtschaft habe er derartige Preisabstürze noch nicht erlebt. Die Grafik zeige die Entwicklung deutlich auf:



Tatsächlich seien die Papiererlöse netto während der Laufzeit des derzeitigen Vertrages von einem Höchstpreis von rund 94,-- € im März 2008 auf 22,-- € im November 2008 „abgestürzt“. Der Rückgang von Oktober auf November habe 65 Prozentpunkte betragen. Man verzeichne für den Novemberpreis die niedrigste Indexzahl seit Einführung des Preisindex für die Altpapiersorte B 1.02 beim Statistischen Bundesamt im Juli 1999.

Bei den Abfällen aus Schrott und Eisen sehe es ein wenig besser aus. Der Index im November liege zwar um den Faktor 2,5 unter dem Höchststand vom Juni 2008, aber immerhin fast im Jahresmittel aus 2005 und über den Jahresmitteln aus 1995 bis 2003.

Die Entwicklung beim Papier treffe die Abfallwirtschaft im Landkreis und natürlich insgesamt am härtesten. Ob sich diese Entwicklung auf den Müllhaushalt 2009 auswirken werde, könne derzeit keiner vorhersagen. Er gehe davon aus, dass die Altpapierpreise im Laufe der nächsten Monate wieder anziehen werden. Für den Landkreis werde entscheidend sein wann und wie stark. Derzeit könne man nur Abwarten empfehlen.

In nichtöffentlicher Sitzung werde man sich noch einmal mit dieser Materie befassen müssen, da ein Vergabevorschlag zur Beschlussfassung anstehe.

Auf die Frage von Kreisrat Dr. Fahn, ob Regierungsamtmann Röcklein erklären könne, warum der Papierpreis innerhalb von 2 Monaten stark gesunken sei, antwortete dieser, dass es hierfür keinen eindeutigen Grund gebe.

Landrat Schwing sprach abschließend die Hoffnung aus, dass der Papierpreis wieder nach oben gehe und fügte an, dass in der jetzigen Situation kaum außerhalb der öffentlichen Sammlungen gesammelt werde, was ein Vorteil sei.

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm von diesen Informationen einstimmig zustimmend Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 7:

### **Bericht über die Mülltonnenneuverteilung und Information über die Qualität der neuen Müllgefäße**

Landrat Schwing begrüßte zu Punkt 7 Geschäftsführer Ziegler und Herrn Vick von der Fa. Otto Entsorgungssysteme GmbH aus Neuruppin. Die Zahl der Fachleute auf dem Gebiet der Abfallentsorgung sei auch im Landkreis Miltenberg groß. Nichts sei in den letzten Wochen an den Stammtischen im Landkreis intensiver diskutiert worden als die Mülltonnenverteilung und die neuen Müllgefäße. Zunehmend erreichen die Landkreisverwaltung Informationen über die „schlechte Qualität“ v.a. der Deckel, weshalb man die Fachleute der Herstellerfirma zu Wort kommen lassen wolle.

Geschäftsführer Ziegler gab sodann Informationen darüber, wie bei der Herstellung verfahren werde, warum die Gefäße mit Dellen versehen seien und wie sich Kunststoff generell verhalte. Bedingt durch den weiten Transport der Gefäße könne es zu Verformungen kommen; die Fahrer müssten des Öfteren bremsen bzw. anfahren, wodurch es zu Verschiebungen der gestapelten Mülltonnen komme oder diese aneinandergespreßt werden. Auch beim Entladen können Verformungen entstehen. In der Regel sei es so, dass sich der Kunststoff in die Ausgangsform zurückziehe. Möglich sei auch ein Herausdrücken der Dellen. Er ergänzte, dass zurzeit ein Änderungsteam unterwegs sei, welches Grundstücke, die noch keine neuen Mülltonnen erhalten haben, versorge.

Auf die Frage, wie viele Beschwerden beim Landratsamt eingegangen seien, antwortete Regierungsamtmann Röcklein, dass es sich hierbei um rund 150 Beschwerdeanrufe handle und man oft darauf hingewiesen habe, dass sich der Deckel wieder in die Ursprungsform zurückziehen werde. Man habe vor, die nächste Mülltonnenverteilung nicht im Winter, sondern im Sommer durchzuführen, da sich die Wärme positiv auf die Gefäße auswirke. Er wolle darauf hinweisen, dass die Mülltonnen von der Bevölkerung insgesamt als nicht qualitativ hochwertig beurteilt werden.

Herr Ziegler sagte, dass man als weltweit größter Hersteller von Mülltonnen im Kunststoffbereich nach der Euronorm EN 840 und dem Gütezeichen produziere. Es werden zahlreiche Tests durchgeführt, bevor eine Mülltonne das Haus verlasse. Er wolle darauf hinweisen, dass ein Deckel lediglich eine Verschlussfunktion habe und keine besonderen Lasten tragen müsse.

Landrat Schwing schloss aus den Ausführungen, dass man Gefäße nach dem neuesten Stand der Technik erhalten habe, was von Herrn Ziegler bejaht wurde.

Kreisrat Maurer sagte, dass nicht der Korpus, aber der Deckel an den neuen Mülltonnen das Problem sei, auf den man nicht wie gerne getan, einen Mülleimer zum Verkippen in die Nachbartonne stellen könne, da die Gefahr des Abreißen bestünde.

Kreisrätin Almritter führte an, dass auch ihr der Unterschied zu den alten Mülltonnen aufgefallen sei. Sie wisse zwar, dass sie zu spät darauf zu sprechen komme, aber sie wolle darauf hinweisen, dass man die alten Mülltonnen zu Unsummen habe verschreddern lassen, was ihrer Vorstellung von Nachhaltigkeit widerspreche. Sie wolle wissen, warum man die alten Gefäße nicht habe weiterhin verwenden können.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass, wenn die Weitergabe von Informationen in die Fraktionen funktionieren würde, bekannt sein müsste, warum so verfahren worden sei. Die zum Teil schon älteren Mülltonnen, die sich im Eigentum der Fa. SITA befunden haben, hätte

man abkaufen müssen, was eine aufwendige Sache gewesen wäre. Die Verschredderung habe sich außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Landkreises befunden und sei von der Fa. SITA durchgeführt worden.

Herr Ziegler wies in diesem Zusammenhang auf die normale Lebensdauer einer Mülltonne von 10 – 15 Jahren hin. Das Nachrüsten der alten Mülltonnen mit einem Transponder hätte zudem viel Geld gekostet. Das Material der alten Gefäße der Fa. SITA habe man bei der Herstellung der neuen Mülltonnen beigefügt, wodurch eine Ressourcenschonung erzielt worden sei. Ein weiterer Vorteil der neuen Gefäße sei der, dass jedes einzelne Gefäß bei der Landkreisverwaltung registriert sei.

Auf die Frage von Kreisrat Klimmer, wie lange diese Deckel bereits hergestellt werden und ob schon einmal Probleme aufgetreten seien, antwortete Geschäftsführer Ziegler, dass man diese seit 2 Jahren herstelle und bekannt sei, dass bei Verformungen Deckel zu Bruch gehen können. 60 % der 4 Mio. Gefäße, welche in den letzten 2 Jahren hergestellt worden seien, seien mit diesem Deckel versehen. Flächendeckend seien keine großen Probleme aufgetreten. Er gehe davon aus, dass die Gefäße im Frühjahr in ihre normale Form zurückgehen werden.

Auf die Anmerkung von Kreisrat Dr. Steidl, dass oftmals bei voller Mülltonne auf den Deckel gedrückt werde und dieser somit bei minderer Qualität ausreißen könnte, entgegnete Herr Ziegler, dass dies bei der Herstellung nicht berücksichtigt worden, aber der Hinweis gut sei.

Landrat Schwing stellte die Frage, ob es überhaupt andere Ausführungen gebe, was von Herrn Ziegler dahingehend beantwortet wurde, dass es sich bei den Gefäßen um den neuesten Standard handle. Abschließend bedankte sich Landrat Schwing bei Herrn Ziegler und dessen Kollegen Vick für deren Kommen und die gegebenen Informationen.

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm von diesen Ausführungen zustimmend Kenntnis.**

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Ullrich**  
Schriftführerin